

„Die Leute wissen wieder, woran sie bei uns sind“

Sommerinterview mit dem Nürtinger SPD-Bundestagabgeordneten Rainer Arnold: „Nach der nächsten Wahl stellen wir den Kanzler“

Im Aufwind sieht der Nürtinger Bundestagsabgeordnete Rainer Arnold seine Partei: Nach der nächsten Bundestagswahl werde wieder ein Sozialdemokrat Bundeskanzler, prophezeit er im Gespräch mit unserer Zeitung.

VON JÜRGEN GERRMANN

Vor knapp einem Jahr hat die SPD eine deftige Klatsche eingefahren. Wenn jetzt Wahl wäre, könnten Sie womöglich Verteidigungsminister sein, selbst ohne Hilfe der Linken. Wie konnte es so schnell so weit kommen?

Natürlich rührt unsere wieder erlangte Stärke auch daher, dass die Koalition eine desolante Arbeit abliefert: Sie ist zerstritten, kriegt nix hin. Und die Bürger haben gemerkt, dass vor allem bei Guido Westerwelle und seiner Partei, der FDP, keine Tiefe und keine Substanz da ist. Die zweite Ursache unserer neuen Stärke ist aber, dass wir mit Sigmar Gabriel und Frank-Walter Steinmeier an der Spitze ein Gespänn haben, das Vertrauen findet und in der Lage war, die hohen innerparteilichen Wogen zu glätten und inhaltlich so zu positionieren, dass die Menschen wieder wissen, woran sie mit der Sozialdemokratie sind.

Bei manchen gibt es da aber schon gewisse Zweifel. Die bringen die SPD eher mit einer Politik des „Sowohl-als-auch“ in Verbindung. Lässt sich so was auch in einer Regierung durchhalten?

Eine Partei, die auf 23 Prozent abstürzt, muss sich natürlich auch fragen, was sie selbst falsch gemacht hat, und wenn man dies dann erkennt, auch die Kraft haben, sich zu korrigieren. Deswegen geht es jetzt nicht um ein „Sowohl-als-auch“, sondern um angemessene und maßvolle Korrekturen von Entscheidungen, die auch aus heutiger Sicht nicht glücklich waren. Die Welt verändert sich ja.

Wo hat sie sich denn in den paar Jahren konkret verändert?

Wir nehmen zum Beispiel die Überprüfungs Klausel im Gesetz zur Rente mit 67 ernst, die wir damals als SPD-Fraktion in dieses Gesetz hineingeschrieben haben. Wir wollen wissen, ob der Arbeitsmarkt überhaupt in der Lage ist, diese Menschen aufzunehmen. Das ist eine sehr sinnvolle Korrektur, ohne die Grundsätze über Bord zu werfen.

War denn die Agenda 2010 ein Fehler oder nicht?

Sie war notwendig. Aber man muss natürlich in deren Rahmen auch Fehlentwicklungen (die es immer geben wird) korrigieren. Natürlich bleibt es richtig, Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zusammenzulegen und das Prinzip „Fordern und Fördern“ für alle Bereiche gleichermaßen zum Tragen zu bringen. Aber wenn man zum Beispiel sieht, wie sich bei der Leiharbeit massivste Fehlentwicklungen ergeben haben, wie dies als Instrument genutzt wird, Lohn-dumping auf breiter Front zu erzwingen, dann muss man doch an dieser Stelle einfach nachjustieren.

Sowohl als auch: Das gilt auch im Verhältnis zur Linken. Wie lang soll denn dieses Hickhack noch weitergehen? Vor der Wahl sagt man „nein“ zu ihnen, danach „vielleicht“ oder doch „ja“. Wer soll sich da überhaupt noch auskennen?

Ich habe hier eine ziemlich unkomplizier-

ten Position und glaube auch, dass meine Partei insgesamt dies geklärt hat. Das bedeutet: Dort, wo es mit den Linken möglich ist zu koalieren, darf es keine ideologischen Schranken geben. Aber „möglich“ heißt auch, dass die Linken in der Lage sind, verantwortungsvoll Regierungspolitik zu gestalten. Oder ich könnte auch sagen: dass die Linken in der Lage sind, sich der Wirklichkeit zu stellen. Dort, wo sie sich der Realität verweigern, können sie auf gar keinen Fall ein Koalitionspartner sein. Auf Bundesebene, die ich als Bundestagsabgeordneter primär im Blick habe, müssten die Linken ihr Godesberg erst hinter sich bringen, um in der Wirklichkeit anzukommen. Das gilt in ganz hohem Maß in der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik, also auch in meinem Verantwortungsbereich. Da ist mit linken Positionen nicht zu regieren. Das gilt aber auch in der Sozialpolitik. Nur Geld zu verteilen reicht nicht aus, um regieren zu können.

Meinen Sie, dass sich das Problem mit der Personalie Oskar Lafontaine eines Tages ohnehin von selbst erledigen wird?

Man sollte solch grundsätzliche Fragen nicht ausschließlich personalisieren. Aber die Person Lafontaine hat bei uns natürlich schon auch Wunden hinterlassen, die man nicht wieder aufreißen lassen sollte.

Ärgert es Sie denn, dass die Nähe zu den Linken immer die Messlatte ist, an der Ihre Partei gemessen wird?

Ich habe den Eindruck (und damit meine ich jetzt nicht Sie persönlich), dass das in höherem Maß eine mediale Fragestellung ist. Wenn ich mit Bürgern diskutiere, gehen dort viele sehr pragmatisch um. Und wenn diejenigen, die mit der Sozialdemokratie sowieso nie was am Hut hatten, jetzt kritisieren, dass wir in Bundesländern auch mit Linken zusammen regieren, braucht mich das nicht besonders zu erschüttern.

Warum spricht eigentlich kein Mensch darüber, dass die CDU nach dem Krieg massenweise alte Nazis aufgenommen hat, ohne dass da eine größere Reflexion drüber erfolgt ist? Frühere Kommunisten gelten hingegen noch nach 20 Jahren quasi als Unpersonen.

Natürlich brauchen Gesellschaften auch versöhnende Prozesse. Dies würde ich für die östlichen Bundesländer so sehen. Bei den Linken im Westen haben wir eine andere Situation. Dort bleibt ich dabei: Ewiggestriges bleibt eben von vorgestern.

Sehen wir die Dinge mal ein bisschen genereller: Die Politik kriegt zurzeit gewaltigen Gegenwind. Stuttgart 21 ist da nur ein Symbol dafür. Woher kommt denn das?

In erster Linie daher, dass wir eine Gesellschaft haben, die in viel viel höherem Maß individualisiert ist, als das noch in meiner Jugend der Fall war. Es gibt sehr sehr ausdifferenzierte Lebensentwürfe der einzelnen Menschen. Allzu viele Menschen glauben auch, dass ihre politische Vorstellung zwangsläufig der des Volkes und der Mehrheit entspricht. Der andere Grund ist sicher auch, dass Politik manchmal Probleme hat, Politik sorgfältig vorzubereiten und dabei das Bewusstsein der Menschen für die Probleme zu schärfen und dann Entscheidungen zu treffen, die man auch erklären kann.

Wodurch erklären Sie sich das?

Dies hat auch was mit einer komplexer gewordenen Medienwirklichkeit zu tun, in



Verteidigt nach wie vor den Afghanistaneinsatz: SPD-Abgeordneter Rainer Arnold

Foto: pr

der alle drei Tage neue Themen durch die Dörfer gejagt werden, was wiederum bei den Menschen zu einer gewissen Verunsicherung führt – und dem Eindruck, Politik sei unsterblich und gehe nur hektisch hin und her. Man kann dies alles analysieren, und es gibt noch viele Gründe und zweifellos auch Fehler in der Politik – aber die entscheidende Frage kann auch ich nicht beantworten: Was kann ich als Politiker dagegen tun? Das macht mich manchmal schon ein bisschen ratlos.

Für große Medienaufmerksamkeit sorgt ja zurzeit Ihr Genosse Thilo Sarrazin. Was meinen denn Sie: Stellt er die richtigen Fragen oder ist er ein Hetzer?

Er kennt genau diese Medienwirklichkeit und die setzt er ganz bewusst ein, um Aufmerksamkeit für seine Thesen, seine Person und sein Buch zu finden. Und für mich ist jeder, der dies beim Thema Minderheiten nutzt und tut, zunächst mal ein Hetzer. Weil es von der notwendigen seriösen Debatte, die ich immer zu führen bereit bin, ablenkt.

Also soll man ihn aus der SPD entfernen?

Ich weiß nicht, ob man ihm den Gefallen tun sollte. Solche Probleme löst man nicht über Parteiausschlüsse. Sondern über eine richtige Diskussion und Streit. Das Thema Migration und Integration muss meiner Partei jetzt eher noch wichtiger sein. Ein Ausschluss würde auch wieder von der no-

tigen inhaltlichen Debatte und der Herausforderung auf diesen Nebenkriegsschauplatz Sarrazin ablenken.

Kommen wir mal zu einem Hauptkriegsschauplatz: Afghanistan. Auch dieser Krieg widerspricht eigentlich dem Willen der Mehrheit. Wie gehen Sie damit um?

Indem ich viele viele Abende damit bringe, auch bundesweit dieses Thema mit den Bürgern zu diskutieren. Und dabei die Erfahrung mache: Wenn man sich Zeit nimmt, hat man am Ende auch Zustimmung. Die Menschen merken dann nämlich, dass dieser Einsatz notwendig ist und man Außen- und Sicherheitspolitik auf einer langen Zeitschiene verfolgen muss. Man darf nicht hektisch nach Wahlergebnissen oder Meinungsumfragen schielen und sich dadurch bestimmen lassen.

Konkret: Wie lang bleiben die deutschen Soldaten noch am Hindukusch? Und hat sich danach in Afghanistan irgendwas zum Besseren verändert?

Aus Afghanistan geht heute schon nicht mehr die terroristische Gefahr wie zuvor aus. Afghanistan war Rückzugsraum für internationalen Terrorismus. Dies ist nicht mehr der Fall. Der ist nun eher in Pakistan, im Jemen, im Sudan angesiedelt. Insofern ist ein Ziel des Einsatzes erreicht. Aber nicht stabil. Wir müssen in den nächsten vier Jahren dazu kommen, dass die Afghanen selbst in der Lage sind, mit den Sicher-

heitsproblemen in ihrem Land umzugehen. Das heißt: durch Ausbildung der afghanischen Sicherheitsorgane und der Justiz die Möglichkeit zu schaffen, die Sicherheit dieses Landes den Afghanen in die Hände zu geben. Hierfür gibt es veränderte und verbesserte Planungen. Mein Eindruck ist: Wenn dies jetzt endlich auch mal ernsthaft umgesetzt wird und auch materiell von allen Staaten unterfüttert wird, kann das bis zum Jahr 2014/2015 so gelingen, dass die internationalen Truppen allenfalls noch Mentoren für die Afghanen sind, die Afghanen dann aber die Verantwortung für ihr Land wieder allein tragen.

Es wird im Moment ja auch was ganz Grundsätzliches debattiert: Die Wehrpflicht soll zumindest ausgesetzt werden. Was halten Sie davon?

Ich bin schon lange der Meinung, dass das Motto „Augen zu und weiter so“ bei der Wehrpflicht nicht mehr funktionieren kann. Die Dienstgerechtigkeit wird angesichts der Tatsache, dass man von 430 000 jungen Männern nur noch Jahr für Jahr 55 000 braucht, mit Füßen getreten. Und wenn die jungen Menschen das Gefühl haben, man geht zufällig mit ihnen um (der eine dient und der andere dient nicht, und es lässt sich nicht so genau erklären, warum eigentlich), dann hohlt sich die richtige Idee der Wehrpflicht, dass es eine gemeinsame Verantwortung für die Sicherheit eines Landes gibt, von innen heraus auf. Deshalb war ich nicht unbeteiligt, dass meine Partei bereits vor drei Jahren eine sinnvolle Alternative auf dem Tisch gelegt hat. Die lautet: Nachdem wir nur so wenige brauchen, ziehen wir nur noch nur die jungen Männer ein, die zuvor erklärt haben, freiwillig ihren Grundwehrdienst zu leisten.

Und wie soll das umgesetzt werden?

Dies wäre dann eine von mehreren Möglichkeiten, wie im sozialen Jahr oder bei der Entwicklungszusammenarbeit einen Freiwilligendienst zu absolvieren. Wenn wir Freiwilligendienste materiell und ideell noch attraktiver machen, dann finden wir auch für die Bundeswehr eine ausreichende Zahl junger Leute. Da bin ich sehr gelassen. Junge Menschen, die freiwillig Grundwehrdienst machen, halte ich für unverzichtbar für das innere Gefüge der Bundeswehr. Ich wollte dort nicht nur Zeit- und Berufssoldaten. Und es ist ja interessant, dass sich die jetzige Regierung mit ihren Überlegungen auf den sozialdemokratischen Vorschlag zubewegt.

Am Anfang des Gesprächs haben wir ein Jahr zurückgeblickt, lassen Sie uns am Ende drei Jahre nach vorne blicken: Wird die SPD nach der nächsten Wahl wieder an der Regierung sein?

Ich bin sehr zuversichtlich, dass wir nach drei Jahren nicht nur wieder an der Regierung sind, sondern sogar den Kanzler oder die Kanzlerin stellen. Ich sehe nämlich überhaupt keine Ansätze, dass die derzeitige Koalition sich fängt. Das Gegenteil ist der Fall: Alle Themen, die auf der Agenda stehen, sind dort äußerst strittig. Das werden wir in den nächsten Wochen zum Beispiel beim Thema Atomlaufzeitverlängerung sehen, wo diese Regierung den Menschen Sand in die Augen streuen will, indem sie den Leuten erklären will, sie wäre trotzdem für eine massive Förderung erneuerbarer Energien. Die Menschen haben aber begriffen, dass Atomenergie und regenerative Energien nicht parallel vorangebracht werden können.